

Schweizerische Volkspartei (SVP)



Jahresbericht

2024

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	2
Vorwort	3
1. Das Jahr 2024 im Rückblick	5
2. Vorstösse aus der SVP-Fraktion	25
2.1 Positionspapiere der SVP	25
2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP	25
2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablätter	31
2.4 Homepage und Soziale Medien	32
3. PARTEIORGANE	33
3.1 Delegiertenversammlung	33
3.2 Parteileitungsausschuss	34
3.3 Parteileitung	34
3.4 Parteivorstand	35
3.5 Generalsekretariat	38
3.6 Fraktion der Bundesversammlung	38
4. Eidgenössische Volksabstimmungen 2024	41
5. Die SVP in den Kantonsparlamenten	43
6. Die SVP-Kantonalsektionen online	44

VORWORT

Die Schweiz blickt auf ein ausuferndes Asylchaos, stetig wachsende Staatsausgaben und den ungebremsten Verlust an Sicherheit.

Das hässliche Gesicht der links-grünen Asylfetischisten zeigt sich immer häufiger. Die Blutspur der von Asylmigranten verletzten Menschen wird immer deutlicher. Nur die SVP kämpft dagegen an. Auch die aufbrechende EU-Diskussion zeigt: Die „classe politique“ will die Probleme der Schweiz nicht lösen. Sie will das Land dem Brüsseler Diktat ausliefern.

Masslose Zuwanderung und Asylchaos bekämpfen – Grenzschutz-Initiative

Auch das vergangene Jahr war geprägt durch eine ausufernde Asylummigration. Mit ihr zusammen kommen schwere Gewalttaten durch Asylmigranten. Das setzt wiederum eine ungesunde Dynamik von höheren Asyl- und Justizkosten in Gang. Bundesrat Beat Jans, formell für diese Misere verantwortlich, entzieht sich dem Parlament und der Öffentlichkeit, indem er sich im Bundeshaus abschottet.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt: Weder der Bundesrat noch das Parlament sind willens oder in der Lage, das Asylproblem zu lösen. Also muss das Volk das Heft selbst in die Hand nehmen.

Um endlich die Sicherheit der Schweiz wiederherzustellen, hat die SVP Schweiz die Grenzschutz-Initiative an ihrem Sonderparteitag in Basel lanciert. Die Volksinitiative will sichere Grenzen, Eindämmung des Asylmissbrauchs und konsequente Ausschaffung krimineller Migranten. Mit anderen Worten: Sie stoppt das Asylchaos und schafft damit Sicherheit.

Nationale Abstimmungen

Das Jahr 2024 brachte mit der Annahme der 13. AHV-Rente und Ablehnung der Renteninitiative sowie der BVG-Reform sozialpolitisch sehr schwierige Entscheide mit sich. Mit den vom Volk gefällten Entscheiden wurde einmal mehr der Mittelstand belastet und die langfristige Sicherung der Sozialwerke verpasst. Besonders bedauernswert ist die Ablehnung der Autobahnvorlage durch das Volk.

Andererseits ist die Ablehnung der Biodiversitätsinitiative durch das Volk ein klares Signal. Die links-grüne Bevormundung muss endlich stoppen. Was Menschen essen und wie die Landwirtschaft produziert kann nicht das Ergebnis eines zentralplanerischen Ansatzes sein. Dass der Souverän auch die Umweltverantwortungsinitiative wuchtig abgelehnt hat, zeigt es deutlich: Schluss mit links-grünen Allmachtsphantasien.

Kantonale Wahlen

Die SVP konnte bei den kantonalen Wahlen massiv zulegen und erreichte in den Kantonen neue Höchstwerte. Die erfolgreichen Wahlergebnisse wären jedoch unmöglich gewesen, ohne die grosse Arbeit der vielen engagierten Helfern und Kandidaten in den Kantonen. Insbesondere ist der Einzug von Martina Bircher in den Regierungsrat des Kantons Aargau hervorzuheben, welcher im ersten Wahlgang trotz einer widerlichen Gegenkampagne souverän gelungen ist.

Unterwerfung unter die EU – die Euro-Turbos wollen auf das sinkende Schiff

Pünktlich zu Weihnachten legten die EU-Turbos um Bundespräsidentin Viola Amherd der Schweizer Bevölkerung ein vergiftetes Geschenk unter den Weihnachtsbaum – das Abkommen für die institutionelle Unterwerfung der Schweiz unter die EU, den Unterwerfungsvertrag.

In einer beispiellosen Geheimaktion reiste die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach Bern, um die Huldigung von Amherd entgegenzunehmen. Das Beste ist aber: Der Vertrag bleibt geheim – wohl auch, weil er noch nicht fertig ist. Wie kann man einem Vertrag zustimmen, den man nicht kennt? Die SVP-Fraktion beendet darauf ihre Mahnwache. Die Kerzen wurden ausgeblasen und die Hellebarde in die Hand genommen. Denn ab jetzt heisst es: Kämpfen für eine freie Schweiz.

Ausblick – 2025 gilt es Unterwerfung unter die EU zu verhindern

Im Zeichen des unsäglichen EU-Vertrags beginnt das Jahr 2025. Viele Kreise in der Schweiz sind bereit, das Land der EU auszuliefern. Dass die Union ein Loser-Klub ist, interessiert sie nicht. Dass sie mit der Anbindung an das sinkende Schiff der Schweiz – konkret dem Mittelstand – schaden, interessiert sie auch nicht. Über die Motivation vieler Leute, die Schweiz der EU unterwerfen zu wollen, kann man diskutieren. Redlich scheint mir dieser Selbstzerstörungsdrang nicht.

Auf jeden Fall bleibt der Kampf gegen den EU-Unterwerfungsvertrag unsere Priorität. Zusammen mit der Grenzschutz-Initiative müssen wir die Anliegen unseres Landes vertreten.

Wir sind aber berufen, auch an anderen Fronten zu kämpfen. Es gilt Wahlen auf der Ebene der Kantone und Gemeinden zu gewinnen, sich in Abstimmungen durchzusetzen und Politik für die Menschen in der Schweiz zu machen.



A stylized, handwritten signature in blue ink, consisting of a series of loops and a long horizontal stroke at the end.

Henrique Schneider
Generalsekretär

1. DAS JAHR 2024 IM RÜCKBLICK

JANUAR

Stoppt den Staat – er ist zu links und zu teuer!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 6. Januar 2024

Der Staat wird immer teurer und mächtiger. Es drohen Milliarden-Schulden und neue Steuern für die arbeitende Bevölkerung. Führende Vertreter der Wirtschaft, des Bundes und der Wissenschaft sind sich einig: Staatswachstum und Staatsausgaben sind dringend zu senken. Ansonsten droht der Schweiz die gleiche Misere wie der hochverschuldeten EU.

Um das zerstörerische Staatswachstum zu stoppen, fordert die SVP Schweiz an ihrer traditionellen Kadertagung in Bad Horn (TG):

- Senkung der Staatsausgaben um mindestens 10 Prozent in jenen Bereichen, die in den letzten zwanzig Jahren am stärksten angestiegen sind: Entwicklungshilfe, Asyl, Kultur, Sozialstaat und Bundespersonal.
- Strikte Einhaltung der Schuldenbremse – Nein zu den geplanten Trickereien der Mitte-Links-Parteien.
- Kampf gegen die linke Unterwanderung der Verwaltung, Medien, Bildung und NGOs.

Neuaufstellung Generalsekretariat der SVP Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. Januar 2024

Ab 1. März 2024 übernimmt Henrique Schneider die Leitung des Generalsekretariats der SVP Schweiz. Die SVP Schweiz ist erfreut, dass sie mit Henrique Schneider eine profilierte Persönlichkeit für die Führung des Generalsekretariats gewinnen konnte. Der bisherige Generalsekretär Peter Keller bleibt als stellvertretender Generalsekretär weiterhin für die SVP Schweiz tätig. Das Parteipräsidium stärkt mit dieser Neuaufstellung die politische Schlagkraft des Generalsekretariats.

Marcel Dettling ist Wunschkandidat der Findungskommission

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. Januar 2024

Die Findungskommission der SVP Schweiz freut sich, dass sich mit Nationalrat Marcel Dettling ein absoluter Wunschkandidat für das Parteipräsidium zur Verfügung stellt. Nach Ablauf der Anmeldefrist am 19. Januar 2024 wurde einzig die Kandidatur von Marcel Dettling gemeldet – was für seine breite Akzeptanz innerhalb der Partei spricht.

Giesskannenprinzip verursacht Milliardenkosten zulasten der Erwerbstätigen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. Januar 2024

Eine 13. AHV-Rente für alle Rentnerinnen und Rentner – unabhängig von deren tatsächlichem Bedarf – würde jährliche Kosten von fünf Milliarden Franken verursachen. Die Rechnung dafür werden die Erwerbstätigen und ihre Arbeitgebenden in Form von höheren Lohnabzügen und die Konsumentinnen und Konsumenten mit einer höheren Mehrwertsteuer bezahlen. Insbesondere junge Familien und Alleinerziehende würden unter dieser erheblichen finanziellen Mehrbelastung leiden. Um dem Handlungsbedarf bei den tiefen Renten gerecht zu werden, hat der Nationalrat bereits eine zielgerichtete Erhöhung für tiefe Renten verabschiedet. Eine breite Allianz aus SVP, FDP, Die Mitte und GLP setzt sich gegen diese unsoziale und teure Initiative der Gewerkschaften ein. Damit der Generationenvertrag auch in Zukunft gesichert ist.

Nein zum Unterwerfungsvertrag mit der EU – Parteivorstand der SVP Schweiz verabschiedet Resolution zur Verteidigung unserer Freiheit und Volksrechte

Auszug aus der Medienmitteilung vom 26. Januar 2024

An seiner Sitzung in Altdorf (UR) hat der Vorstand der SVP Schweiz das neue EU-Verhandlungsmandat des Bundesrates beurteilt: Der Bundesrat will die Schweiz nach wie vor zu einer EU-Kolonie machen. Ein solcher Unterwerfungsvertrag kommt einem Putschversuch gegen den Souverän gleich – damit hätten die Schweizerinnen und Schweizer im eigenen Land nichts mehr zu sagen. Der Parteivorstand fordert den Bundesrat auf, gegenüber der EU klare Verhältnisse zu schaffen und verabschiedete eine entsprechende Resolution zuhanden der morgigen Delegiertenversammlung in Bürglen (UR). Für die Abstimmungen vom 3. März 2024 empfiehlt der Parteivorstand den Delegierten die Nein-Parole für die Initiative für eine 13. AHV-Rente und die Ja-Parole für die Renteninitiative. Zudem wählte der Parteivorstand einstimmig Henrique Schneider als neuen Generalsekretär der SVP Schweiz.

AHV retten! Nein zur ruinösen 13. AHV-Rente, Ja zum flexiblen Rentenalter. Schweiz retten! Die SVP-Delegierten beschliessen Resolution für eine unabhängige Schweiz gegen den Unterwerfungsvertrag mit der EU.

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. Januar 2024

Die Delegierten der SVP Schweiz haben an ihrer Versammlung in Bürglen (UR) einstimmig die Resolution gegen das EU-Verhandlungsmandat und einen Unterwerfungsvertrag mit der EU verabschiedet. Für die Abstimmungen vom 3. März haben sie klar Nein zu einer 13. AHV-Rente gesagt und Ja zur Renteninitiative.

Die SVP wehrt sich gegen die schludrige Kommissionsarbeit und für die Selbstbestimmung der Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. Januar 2024

Die Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N) hat das Verhandlungsmandat des Bundesrates **widerstandslos** durchgewunken. **Diese Kapitulation vor der EU ist beschämend.**

Die SVP kritisiert das schludrige Vorgehen des Bundesrates, der Kantone und der parlamentarischen Kommissionen:

- Am 15. Dezember 2023 – kurz vor den Weihnachtsferien – verabschiedete der Bundesrat das Verhandlungsmandat. Die Konsultationsfrist läuft bereits Mitte Februar 2024 ab. Damit ist **eine seriöse Auseinandersetzung gar nicht möglich.**
- In einem «Common Understanding» zwischen der EU und der Schweiz stimmt der Bundesrat **faktisch allen wesentlichen Forderungen der EU** bereits zu.
- Zudem lag dieses «Common Understanding» bis vor einer Woche nur in englischer Sprache vor. **Erst auf Druck der SVP wurde das in komplexer juristischer Sprache verfasste Dokument in den Landessprachen vorgelegt.** Offenbar herrscht blinder EU-Eifer anstelle von staatspolitischer Verantwortung.
- Sowohl die Aussenpolitische Kommission wie die betroffenen Fachkommissionen (Verkehrskommission KVF, Energiekommission UREK, Wirtschaftskommission WAK) **verweigerten breite Anhörungen und eine vertiefte Auseinandersetzung** mit den Auswirkungen des geplanten Abkommens auf die Rechtsordnung und die Rahmenbedingungen der Schweiz. **Kritische Stimmen** wurden zu den Anhörungen grossmehrheitlich **nicht eingeladen.**
- Die Kantone, deren Souveränität im Falle eines institutionellen Abkommens massiv betroffen ist, äussern sich nicht einzeln, sondern nur abgestimmt über die demokratisch nicht legitimierte Konstruktion namens Konferenz der Kantone (KdK). Diese **Selbstaufgabe des föderalistischen Prinzips** ist beispiellos.
- Das Vorgehen des Bundesrates ist **unehrlich.** Er redet neuerdings von einer **«Paket-Lösung»**. Dabei handelt es sich **wieder um eine institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU:** Automatische Übernahme von EU-Recht, Unterstellung unter den Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit einseitigen Strafmassnahmen und regelmässigen Milliardenzahlungen.
- Der Bundesrat, die europhile Bundesverwaltung und die anderen Parteien versuchen, den geplanten **Unterwerfungsvertrag an der Schweizer Bevölkerung vorbeizuschleusen:** Sie wollen keine obligatorische Volksabstimmung mit Ständemehr.

Präsidium der SVP Schweiz: Findungskommission empfiehlt einstimmig Marcel Dettling

Auszug aus der Medienmitteilung vom 31. Januar 2024

Die SVP Schweiz nimmt erfreut zur Kenntnis, dass sich die Findungskommission einstimmig für die Kandidatur von Nationalrat Marcel Dettling (SZ) für das Präsidium der SVP Schweiz ausgesprochen hat. Die Wahl erfolgt durch die Delegierten der SVP Schweiz an ihrer Versammlung vom 23. März 2024 in Langenthal (BE).

FEBRUAR

Das Asyl-Chaos geht weiter: 30'000 neue Asylanten erwartet

Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. Februar 2024

Statt die Asylmigration zu stoppen, schaut auch der neue Justizminister Beat Jans (SP) dem Asyltreiben zu. Kosten und Kriminalität explodieren. Die SVP fordert Grenzkontrollen und kein Asyl mehr für Asylanten, die aus sicheren Drittstaaten in die Schweiz kommen.

Die anderen Parteien wollen das Erfolgsmodell der Schweiz preisgeben: Die konkreten Nachteile für die Wirtschaft und Landwirtschaft des geplanten EU-Unterwerfungsvertrags

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. Februar 2024

Die SVP-Delegation der Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-N) hat 22 Anträge eingereicht, um die Position der Schweiz gegenüber der EU klarzustellen und gleichzeitig die Selbstbestimmung unseres Landes und die wirtschaftspolitischen Grundlagen unseres Erfolgsmodells zu sichern. Die anderen Parteien hingegen akzeptieren die Preisgabe der Schweiz.

Asyl-Chaos ist ein Sicherheitsrisiko für die Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Februar 2024

Letztes Jahr kamen über 30'000 Asylmigranten in die Schweiz. Und auch für 2024 werden über 30'000 Asylgesuche erwartet. Das von SP, Grünen, FDP, Mitte und GLP verantwortete Asyl-Chaos ist ein Sicherheitsrisiko für die Schweizer Bevölkerung und kostet Milliarden Franken. Es reicht!

Das von den anderen Parteien verantwortete Asyl-Chaos ist ein Sicherheitsrisiko für die Schweizer Bevölkerung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. Februar 2024

Die Schweiz hat die Kontrolle darüber verloren, wer in unser Land kommt: Die Zahlen der Asyl-Migranten und bei der illegalen Zuwanderung explodieren. Die Folgen: Milliardenkosten und steigende Kriminalität. Die Schweizer Bevölkerung zahlt einen hohen Preis für die von SP, Grünen, GLP, FDP und Mitte verantwortete verfehlte Asylpolitik. Die SVP-Fraktion setzt sich in der Frühlingssession für einen Stopp des Asyl-Chaos ein. An ihrer Sitzung in Seedorf (UR) hat sie einstimmig entsprechende Vorstösse beschlossen. Weiter fordert die Fraktion eine ausserordentliche Session zum Schutz der Schweizer Grenzen.

Kein Bargeld mehr für Asyl-Migranten

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. Februar 2024

Die SVP-Fraktion setzt sich in der Frühlingssession für einen Stopp des Asyl-Chaos ein und prüft unter anderem den Einsatz von sogenannten Bezahlkarten, um die Schweiz für Asyl-Migranten unattraktiver zu machen. An ihrer vorbereitenden zweitägigen Sitzung in Seedorf (UR) liess sich die Fraktion aus erster Hand über die Funktionsweise einer Bezahlkarte für Asylananten informieren.

EU-Verhandlungsmandat führt zu Mehrkosten in Milliardenhöhe

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. Februar 2024

Das EU-Verhandlungsmandat überschreitet in jeder Hinsicht rote Linien: Der Bundesrat akzeptiert nicht nur fremde Richter, die automatische Übernahme von EU-Recht und milliardenhohe Tributzahlungen an die EU. Er befindet sich zudem hinsichtlich der zusätzlichen Kosten für unser Land im völligen Blindflug. Dies, obwohl der Bund finanziell bereits am Abgrund steht. Dass die Finanzkommission ihre Aufsichtsfunktion nicht wahrnimmt und das EU-Verhandlungsmandat durchwinkt, ist ein Skandal.

Die Kassen des Bundes sind leer:

- Im Asylbereich explodieren die Ausgaben: 2023 kamen zusätzlich zu den Ukrainern mit Status S über 30'000 Asilmigranten in die Schweiz. Dafür hatte allein der Bund 4 Milliarden Franken budgetiert. Für 2024 rechnet der Bund erneut mit 30'000 Asylananten.
- Der Schuldenberg, den unsere Kinder und Enkel erben, ist mit über 140 Milliarden Franken so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr.
- Der Schuldenberg wächst weiter: Der Bund verbucht die Ausgaben von mehr als einer Milliarde Franken für die Ukrainer mit Status S noch immer ausserordentlich.
- Gemäss Finanzplan beträgt das für 2026 erwartete Defizit des Bundes 1,5 Milliarden Franken und im Jahr 2027 werden es über 3 Milliarden Franken sein.

Es reicht: Stoppen wir endlich die masslose Zuwanderung!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. Februar 2024

Die Massenzuwanderung in die Schweiz geht ungebrochen weiter. Die Probleme verschärfen sich an allen Fronten. Nur die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» kann den negativen Trend brechen.

Eine Schweizer Armee für eine sichere und neutrale Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. Februar 2024

«Chaos im VBS: Welchen Auftrag hat die Schweizer Armee?» Die SVP ist besorgt über den Zustand der Schweizer Armee. Führungsproblem im VBS, unklare Finanzierung, Nato-Annäherung statt bewaffneter Neutralität. Die SVP präsentiert ihr neues sicherheitspolitisches Positionspapier «Wieder kämpfen können»

Swisscom: Keine Shopping-Abenteuer mit Schweizer Steuergeldern

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. Februar 2024

Die Swisscom will für 8 Milliarden Euro Vodafone Italia übernehmen. Die SVP Schweiz sieht diese Übernahme kritisch. Die Eidgenossenschaft ist Mehrheitsaktiönärin der Swisscom und haftet damit in letzter Instanz für das Unternehmen.

Ja zur 13. AHV-Rente: Das ist die Quittung für die Geldverschwendung im Bundeshaus!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. März 2024

Mitte-links verschleudert Milliarden an Steuerfranken im Asylwesen, bei der Entwicklungshilfe und für den Status S. Das deutliche Ja zur 13. AHV-Rente ist die Quittung für diese Geldverschwendung ins Ausland. Mit fatalen Folgen: Die 13. AHV-Rente vergrössert das Finanzloch bei der AHV und im Bundeshaushalt. Nun muss die Linke Verantwortung übernehmen: Für höhere Steuern und noch mehr Lohnabzüge.

SVP-Fraktion: Kein Unterwerfungsvertrag mit der EU

Auszug aus der Medienmitteilung vom 5. März 2024

Der Bundesrat will die Schweiz nach wie vor an die EU anbinden. Dies geht klar aus dem sogenannten «Common Understanding» hervor, das dem EU-Verhandlungsmandat zugrundet liegt. Die Bundeshausfraktion der SVP analysierte das Papier in ihrer Sitzung eingehend: Der angestrebte Unterwerfungsvertrag mit der EU käme einer Preisgabe der Schweiz gleich. Die SVP-Fraktion wird einen Unterwerfungsvertrag mit der EU entschieden und mit allen Mitteln bekämpfen.

Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag – Ja zu einer freien und erfolgreichen Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. März 2024

Die SVP lehnt das vom Bundesrat verabschiedete EU-Verhandlungsmandat ab. Es ist pure Augenwischerei – zumal der Bundesrat im sogenannten „Common Understanding“ bereit ist, die Forderungen der EU weitgehend zu erfüllen. Das heisst: Der Bundesrat akzeptiert die automatische Übernahme von EU-Recht, die Unterwerfung unter den EU-Gerichtshof und Milliardenzahlungen an die EU. Der Bundesrat ist sogar dafür, dass die EU Strafmassnahmen gegen die Schweiz ergreift, wenn sich das Schweizer Stimmvolk nicht an die Vorgaben der EU hält. Mit anderen Worten: Mit dem Verhandlungsmandat billigt der Bundesrat die totale Unterwerfung der Schweiz unter die EU.

Lassen Sie sich nicht täuschen – der geplante EU-Vertrag bedeutet die totale Unterwerfung der Schweiz unter die EU!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. März 2024

«Die Schweiz der EU zum Frass vorwerfen? NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag – wir wollen frei sein!» Mit einer starken Aktion in Bern startete die Bundeshausfraktion der SVP heute den Kampf gegen den EU-Unterwerfungsvertrag und für den Erhalt der Freiheit der Schweizerinnen und Schweizer. Denn der vom Bundesrat geplante EU-Unterwerfungsvertrag wäre das Ende der direkten Demokratie, des wirtschaftlichen Erfolges und damit des Wohlstandes der Schweiz.

Nur die SVP setzt sich konsequent für die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 14. März 2024

Ob systematische Grenzkontrollen oder Asyl-Chaos stoppen: Einmal mehr verweigert die Mitte-links-Mehrheit im Bundeshaus griffige Massnahmen gegen die illegale Zuwanderung. Besonders enttäuschend: Auch für Bundesrat Beat Jans hat die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung nicht oberste Priorität. Diese Verweigerungshaltung von SP, Grünen, GLP, Mitte und FDP zeigt klar: Die Volksinitiative der SVP «Asyl-Chaos stoppen! (Grenzschutz-Initiative) ist dringend nötig.

Swisscom- Fahrlässigkeit setzt sich durch – SVP verlangt ein Verbot von Auslandsengagements

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. März 2024

Die SVP verurteilt die Auslandabenteuer von Schweizer Staatsunternehmen aufs Schärfste. Firmen mit faktischer Staatsgarantie dürfen das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Wenn sich das Management fahrlässig verhält, muss der Bundesrat gegen den Verwaltungsrat und das Management mit einer Verantwortlichkeitsklage vorgehen.

Die blamable Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. März 2024

Die unkontrollierte Zuwanderung geht ungebremsst weiter. Besonders verheerend ist die Asyl-Migration, die direkt in den Sozialstaat mündet.

Nichts produziert Bundesbern lieber als Berichte. Letzte Woche veröffentlichte der Bundesrat eine 61 Seiten umfassende «Gesamtschau zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials». So weit, so langweilig. Interessant ist allerdings, was nach dem Titel in Klammer folgt: «Umsetzung Art. 121a BV».

Wir erinnern uns: Artikel 121a der Bundesverfassung beinhaltet die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative der SVP, die 2014 von Volk und Ständen angenommen wurde. Das heisst die Steuerung der Zuwanderung durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente für Ausländerinnen und Ausländer. Wie wir wissen, hat das Parlament den Volkswillen NICHT umgesetzt. Pro Jahr wandern rund 100'000 Personen zusätzlich in die Schweiz ein. Dazu rund 30'000 Asylmigranten.

Statt die Kernelemente der Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen, versprach das Parlament, das «inländische Arbeitskräftepotenzial» besser zu nutzen. Die Bilanz ist blamabel. Gemäss Bericht nimmt nur rund die Hälfte (52,3 %) der eingewanderten Personen eine Erwerbstätigkeit auf. Der Rest arbeitet nicht, aber benötigt Infrastrukturen, ÖV, Strassen, Wohnungen, Gesundheitsleistungen, Schulen und andere Dienstleistungen. Dass trotz rekordhoher Zuwanderung über Fachkräftemangel geklagt wird, zeigt: Es kommen offensichtlich die falschen Leute, die gar nicht über die gewünschten Qualifikationen verfügen.

Damit Asylminister Jans seinen Worten Taten folgen lassen kann: Die SVP übergibt ihm 220 echte Lösungen für das Asyl-Chaos

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. März 2024

Das Asyl-Chaos hat ein unerträgliches Ausmass angenommen: Fast täglich begehen Asyl-Migranten Gewalttaten, Vergewaltigungen, Einbrüche und Diebstähle. Gleichzeitig explodieren die Sozialkosten. SP-Asylminister Beat Jans kündigt Massnahmen an. Jetzt müssen Taten folgen. Denn die wirksamen Lösungen liegen auf dem Tisch: Die SVP hat in den vergangenen Jahren 220 parlamentarische Vorstösse eingereicht. An seiner Sitzung in Langenthal (BE) hat der SVP-Vorstand die Bundeshausfraktion damit beauftragt, Asylminister Beat Jans diese Lösungen zu überreichen.

Einstimmig gewählt: Marcel Dettling ist neuer Präsident der SVP Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. März 2024

Die Delegierten der SVP Schweiz wählten an ihrer Versammlung in Langenthal (BE) einstimmig Nationalrat Marcel Dettling (SZ) zum neuen Präsidenten der SVP Schweiz. Zudem fassten die Delegierten die Parolen für die Volksabstimmungen vom 9. Juni 2024: Sie sagen klar Nein zum Stromgesetz sowie zur Prämien-Entlastungs-Initiative und zur Kostenbremse-Initiative.

Statt Milliarden ins Ausland zu verschleudern, ist das Geld für die Schweizer Bevölkerung einzusetzen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. März 2024

Dass der Bundesrat die 13. AHV-Rente mit Lohnabzügen finanzieren will, ist nicht akzeptabel – damit wird vor allem die arbeitende Bevölkerung und der Werkplatz Schweiz belastet. Die SVP hält an ihrer Forderung fest, dass die 13. AHV-Rente durch Einsparungen im Asyl-Bereich und bei der Entwicklungshilfe zu finanzieren ist.

APRIL

Ankündigungen alleine lösen keine Probleme – SVP verlangt konkrete Taten von Bundesrat Jans gegen das Asyl-Chaos

Auszug aus der Medienmitteilung vom 2. April 2024

In seinen ersten 100 Tagen im Amt kündigte Asylminister Beat Jans medienwirksam kleinere Verschärfungen im Asylbereich an. Konkrete Taten, um die Zahl der Asyl-Migranten nachhaltig zu senken, fehlen aber immer noch. Die SVP nimmt ihn beim Wort und erwartet eine baldige Umsetzung von weitergehenden Massnahmen – zumal wirksame Lösungen auf dem Tisch liegen.

Schweizerische Volkspartei reicht eidg. Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)» mit 114'600 Unterschriften ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. April 2024

Bereits neun Monate nach der Lancierung der Unterschriftensammlung reicht das Initiativ-Komitee der eidg. Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)» unter der Leitung der SVP Kanton Zürich bei der Bundeskanzlei 114'600 Unterschriften ein. Der hohe Zuspruch zu dieser SVP-Initiative zeigt, dass die Bevölkerung dringlich eine nachhaltige und eigenständig gesteuerte Zuwanderung in der Schweiz fordert.

Rekordhohe Zuwanderung – 2023 wanderten mehr als 260'000 Personen in die Schweiz ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 4. April 2024

Die neusten Zahlen des Bundes bestätigen die SVP: 2023 wanderten mehr als 260'000 Personen in die Schweiz ein! Die Folgen der masslosen Zuwanderung für unser kleines Land sind dramatisch. Trotzdem weigert sich die Mitte-links-Mehrheit in Bundesrat und Parlament nach wie vor, den Verfassungsartikel zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung umzusetzen. Die Schweizer Bevölkerung hat diese verantwortungslose Politik satt. Das beweisen die in kürzester Zeit gesammelten über 114'000 Unterschriften für die Volksinitiative «Keine-10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)».

Das Strassburger Urteil ist inakzeptabel – die Schweiz muss aus dem Euro-parat austreten

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. April 2024

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) ist ein Skandal. In den europäischen Gerichtspalästen herrschen offensichtlich Ideologie und Realitätsverweigerung. Die Gerichte haben Recht zu sprechen und nicht Politik zu machen. Zudem haben sich die Strassburger Richter nicht einmal damit auseinandergesetzt, dass die Schweiz vorbildlich ist bei der Reduktion der CO₂-Emissionen. Die SVP verurteilt diese Einmischung fremder Richter aufs Schärfste und fordert den Austritt der Schweiz aus dem Euro-parat.

Neutrale Notbremse ziehen: Für Sicherheit und Frieden

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. April 2024

Die SVP Schweiz begrüsst die Einreichung der Neutralitäts-Initiative. Die schleichende Auflösung der Neutralität ist eine Gefahr für die innere und äussere Sicherheit der Schweiz.

Heute wurde die Neutralitäts-Initiative mit über 130'000 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Die SVP Schweiz gratuliert den Initianten. Es ist wichtig, dass die Schweizer Neutralität klar und unmissverständlich in der Bundesverfassung festgeschrieben wird.

Legislaturplanung: Die SVP setzt sich für eine sichere, neutrale und unabhängige Schweiz ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. April 2024

An ihrer heutigen Sitzung hat sich die Bundeshausfraktion der SVP mit den Legislaturplanung 2023-2027 befasst. Einmal mehr setzt sich nur die SVP für Schweizer Werte ein.

Die anderen Parteien wollen die Souveränität und die Neutralität der Schweiz aufgeben, die verfassungsmässige Schuldenbremse lockern sowie die sichere Energie- und Stromversorgung der Schweiz auf dem Altar des ideologisch verblendeten Klimaschutzes opfern. Zudem weigern sie sich nach wie vor, die Zuwanderung zu steuern. Die SVP-Fraktion fordert die Legislaturplanung des Bundesrates um folgende Ziele zu ergänzen:

- Schutz der Schweiz vor fremden Richtern (EUGH-Richter und EGMR-Richter);

- die nachhaltige Sicherung des Wohlstandes der Schweiz, indem die Unabhängigkeit des Landes, die demokratischen Rechte des Schweizer Volkes, die Neutralität und der Föderalismus geschützt werden;
- Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU auf Augenhöhe, das heisst:
- - keine die Aufgabe der Unabhängigkeit des Landes;
 - keine Schwächung der demokratischen Rechte des Schweizer Volkes;
 - keine Unterminierung des Föderalismus und der Kantons- respektive Gemeindeautonomie;
 - keine automatische Übernahme von EU-Recht;
 - keine Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit;
 - keine Aufweichung der heute schon nicht verfassungskonformen Zuwanderungsbestimmung durch die Übernahme der EU-Unionsbürgerrichtlinie;
 - keine jährliche Kohäsionszahlungen;
- die Verabschiedung der Botschaft zur Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)», die am 11. April bei der Bundeskanzlei eingereicht wurde;
- die Verabschiedung der Botschaft zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen Schweiz» (Nachhaltigkeits-Initiative), die am 3. April bei der Bundeskanzlei eingereicht wurde, damit die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig steuern und begrenzen kann;
- die Streichung eines neuen Resettlement-Programmes, mit dem Asylanten direkt in die Schweiz eingeflogen werden sollen;
- die Eindämmung der illegalen Einwanderung und die Begrenzung der Asyl-Migration durch Einführung eines jährlichen Asylgewährungskontingents;
- die Garantie einer sicheren, stabilen und bezahlbaren Versorgung der Schweizer Wirtschaft und Bevölkerung mit Energie und Strom;
- die Verabschiedung der Botschaft zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» und zum indirekten Gegenvorschlag;
- einen Stopp des ungebremsen Ausgabenwachstums und vor allem keine Lockerung der verfassungsmässig garantierten Schuldenbremse.

Ankündigungen sind gut – konkrete Umsetzungen besser

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. April 2024

Die SVP überreicht Bundesrat Beat Jans über 200 Lösungen gegen das Asyl-Chaos. Leider glänzte der Asyl-Minister mit Abwesenheit.

Leere Bundeskasse: die SVP unterbreitet der Expertengruppe 18 konkrete Vorschläge, die den Bundeshaushalt um 5.5 Milliarden Franken pro Jahr entlasten

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. April 2024

Die Bundesausgaben, insbesondere die Asylausgaben explodieren. Der Schuldenberg ist auf Rekordhöhe und in den kommenden Jahren drohen Milliarden-Defizite. Die SVP lehnt eine weitere Belastung des Mittelstandes mit noch höheren Steuern und Abgaben entschieden ab. Die SVP-Fraktion unterbreitet der von Finanzvorsterherin Karin Keller-Sutter eingesetzten Expertengruppe 18 konkrete Vorschläge, die den Bundeshaushalt um 5.5 Milliarden Franken pro Jahr entlasten.

Lockerungen statt Verschärfungen: SP-Asylminister Jans zeigt sein wahres Gesicht

Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. Mai 2024

Statt wie angekündigt die Schrauben im Asylwesen anzuziehen, knickt der Bundesrat unter Federführung von SP-Asylminister Beat Jans vor den Strassburger Richtern ein: Neu sollen vorläufig Aufgenommene – also abgelehnte Asylbewerber – ihre Familie noch schneller in die Schweiz nachziehen können.

Breite Allianz sagt JA zur überfälligen BVG-Reform

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Mai 2024

Am 22. September 2024 findet die Volksabstimmung über die BVG-Reform statt. Die Reform schliesst Rentenlücken für Teilzeiterwerbstätige und Personen mit tiefen Einkommen. Davon profitieren insbesondere auch viele Frauen. Zudem schafft sie mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen und verbessert die Arbeitsmarktchancen älterer Arbeitnehmender. Eine breite Allianz von Parteien (GLP, EVP, Die Mitte, FDP und SVP) und Verbänden unterstützt die Vorlage.

Inakzeptable Einmischung der Strassburger-Richter: SVP-Fraktion fordert einstimmig die Kündigung der EMRK

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. Mai 2024

An ihrer Sitzung in Schaffhausen (SH) verabschiedete die Bundeshausfraktion einstimmig eine Motion, die die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) fordert. Grund dafür ist das skandalöse Urteil der Strassburger Richter im Fall der Klimaseniorinnen von Anfang April. Es ist völlig inakzeptabel, dass sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zunehmend in nationale Angelegenheiten einmischt und politische Entscheide trifft.

Desolate Finanzlage – keine zusätzlichen Gelder für Asyl und Entwicklungshilfe

Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. Mai 2024

Angesichts des Milliardendefizits lehnt die SVP-Fraktion die Staatsrechnung 2023 sowie die Nachtragskredite für den Asylbereich und die Entwicklungshilfe ab. Bei der BFI-Botschaft fordert sie eine Plafonierung der Ausgaben auf dem Stand der Periode 2021 bis 2024. Zudem hat die SVP-Fraktion an ihrer zweitägigen Sitzung in Schaffhausen einstimmig entschieden, politisch gegen die Ideologisierung an Schweizer Hochschulen vorzugehen. Die propalästinensischen Proteste machen einmal mehr deutlich, wie sich linke «woke» Ideologien an Schweizer Universitäten ausgebreitet und ganze Studienbereiche infiltriert haben.

Für eine freie und sichere Schweiz: Grenzen schützen – Asylmissbrauch stoppen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. Mai 2024

Die Schweizer Asylpolitik ist gescheitert. Jedes Jahr kommen Zehntausende sogenannte «Asylsuchende» in die Schweiz. Mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden reisen sie durch zahlreiche sichere Drittstaaten, bevor sie in unserem Land ein Asylgesuch einreichen. Die Folgen dieser falschen Asyl-Politik sind verheerend: Die Kosten und die Kriminalität explodieren. Da weder SP-Asylminister Beat Jans noch die anderen Parteien etwas gegen diesen grassierenden Missbrauch tun, muss das Volk handeln. Die Delegierten der SVP Schweiz haben am Sonderparteitag in Basel (BS) einstimmig die Lancierung der Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)» beschlossen.

Start der Unterschriftensammlung vor der Festung Bundeshaus

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. Mai 2024

Wenn SP-Asylminister Jans nicht handelt, muss die Bevölkerung ein Machtwort sprechen: Die Bundeshausfraktion der SVP startet die Unterschriftensammlung zur Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)».

Keine weitere Lockerung des Familiennachzugs auf Kosten des Schweizer Mittelstandes

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. Mai 2024

Aufgrund der masslosen Zuwanderung und des grassierenden Asylmissbrauchs explodieren die Kosten in der Sozialhilfe und im Gesundheitswesen. Doch statt endlich die Zuwanderung zu begrenzen, wollen SP und Grüne die Hürden ein weiteres Mal senken: eingebürgerte Ausländer beispielsweise aus Afrika oder aus muslimischen Ländern sollen ihre Familienangehörigen leichter nachziehen können. Wie immer zahlt auch hier der Schweizer Mittelstand die Zeche. Die SVP-Fraktion lehnt die Parlamentarische Initiative aus SP-Kreisen einstimmig ab.

Unfreiwilliges Geständnis des Bundesrates: Systematische Grenzkontrollen machen die Schweiz sicherer

Auszug aus der Medienmitteilung vom 31. Mai 2024

Aufgrund von Terrordrohungen verstärkt der Bundesrat die Grenzkontrolle «während sportlicher Grossanlässe». Und nach den Olympischen Sommerspielen ist dem Bundesrat die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung wieder egal?

JUNI

Fraktionserklärung der SVP zur Bürgenstock-Konferenz vom 15./16. Juni 2024 und zur immerwährenden, bewaffneten und umfassenden Schweizer Neutralität

Auszug aus der Medienmitteilung vom 4. Juni 2024

Die SVP-Fraktion ist besorgt über die Vorgänge rund um die Bürgenstock-Konferenz 15./16. Juni 2024. Die Friedensbemühungen sind im Grundsatz zu begrüßen. Es zeigt sich aber, dass die Schweizer Neutralität nicht mehr von allen Konfliktparteien anerkannt wird: Russland hat bereits deutlich gemacht, nicht an der Bürgenstock-Konferenz teilnehmen zu wollen.

Stromgesetz: Ein teurer Umweg für wenig Strom

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. Juni 2024

Die SVP nimmt das Ja zum Stromgesetz mit Bedauern zur Kenntnis. Man hat der Bevölkerung einmal mehr falsche Versprechungen gemacht.

10-Millionen-Schweiz: Bundesrat unternimmt nichts gegen die masslose Zuwanderung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 26. Juni 2024

Via Personenfreizügigkeit und Asyl wandern jedes Jahr netto mehr als hunderttausend Personen in die Schweiz ein – mit verheerenden Folgen für unser kleines Land. Die Schweizer Bevölkerung hat diese verantwortungslose Zuwanderungspolitik satt, dies zeigt die in kürzester Zeit zustande gekommene Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)». Dass die Mitte-links-Mehrheit des Bundesrates die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag ablehnt, grenzt an Arbeitsverweigerung.

JULI

Der Bundesrat arbeitet am schleichenden Nato-Beitritt – deshalb braucht es die Neutralitäts-Initiative

Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. Juli 2024

Die SVP lehnt den Beitritt zur European Sky Shield Initiative (ESSI) entschieden ab. Dieser ist ein weiterer Schritt in Richtung Nato-Beitritt und widerspricht der seit Jahrhunderten international garantierten bewaffneten, integralen Neutralität der Schweiz. Zudem besteht die Gefahr, dass unser Land bei der Verteidigung des eigenen Luftraumes die Souveränität verliert.

Prix Résistance: Die SVP zeichnet persönlichen Mut und politischen Widerstand aus

Auszug aus der Medienmitteilung vom 14. Juli 2024

Behördenwillkür, links-grüne Verbots- und Bevormundungspolitik, Aushebelung der demokratischen Rechte: Es braucht mutige Menschen, die sich gegen den übergriffigen Staat wehren.

Medienkonferenz «200 Tage Bundesrat Beat Jans»: Das Asylchaos hat ein unerträgliches Ausmass für die Schweizer Bevölkerung angenommen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. Juli 2024

Massiv mehr Einbrüche, Diebstähle und Gewaltdelikte. Junge Mädchen getrauen sich nicht mehr, die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen. Asylanten dringen in Häuser, Wohnungen und Geschäfte ein. Pöbeleien, Belästigungen und Einsätze der Polizei sind an der Tagesordnung.

AUGUST

Die Zuwanderung in die Schweiz bleibt masslos – deshalb braucht es die SVP-Volksinitiativen „Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)“ und „Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)“

Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. August 2024

Statt den Verfassungsauftrag umzusetzen und die Zuwanderung zu begrenzen sowie das Asyl-Chaos zu beenden streut SP-Justizminister Beat Jans der Bevölkerung Sand in die Augen und lässt sein Staatssekretariat für Migration (SEM) die Situation schönreden. Denn die vom SEM kommunizierte leichte Abnahme der Zuwanderung im ersten Halbjahr 2024 täuscht nicht darüber hinweg, dass die Zuwanderung nach wie vor rekordhoch ist.

Nur die Grenzschutz-Initiative stoppt das Asyl-Chaos

Auszug aus der Medienmitteilung vom 14. August 2024

Der EU-Migrations- und Asylpakt soll die massenhafte Asylzuwanderung stoppen. In Realität wird auch dieses Abkommen – wie bereits Schengen/Dublin – ein teurer Rohrkrepierer. Statt auf wirkungslose EU-Lösungen zu setzen, muss die Schweiz die illegale Asilmigration eigenständig steuern – so wie dies die Volksinitiative „Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)“ der SVP vorsieht.

Wann haben Sie Zeit Herr Bundesrat Jans? – Der Vorstand der SVP Schweiz lädt Asylvorsteher Beat Jans zum Austausch ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. August 2024

Das Asyl-Chaos bleibt bestehen: die Zahlen und die Kosten explodieren, der Missbrauch grassiert und die importierte Kriminalität hat ein unerträgliches Ausmass angenommen. Kurz: Diese Asylpolitik ist nicht mehr im Interesse der Schweizer Bevölkerung. An seiner Sitzung in Brig (VS) zeigte sich der Vorstand der SVP Schweiz zutiefst besorgt über diese Entwicklung. Der Vorstand lädt deshalb den zuständigen Bundesrat, SP-Asylvorsteher Beat Jans, zu einem Austausch ein. Für die Abstimmungen vom 22. September 2024 empfiehlt der Parteivorstand den Delegierten die Nein-Parole für die Biodiversitäts-Initiative und die Ja-Parole für die BVG-Reform.

Asyl-Chaos: Mit der Grenzschutz-Initiative holen wir die Kontrolle zurück!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. August 2024

Explodierende Kosten, steigende Kriminalität und grassierender Missbrauch: Das von Mitte-links verantwortete Asyl-Chaos hat für die Schweizer Bevölkerung ein unerträgliches Ausmass angenommen. Da die Mitte-links-Mehrheit im Bundeshaus das Asyl-Chaos nicht stoppt, muss das Volk handeln. Im Zentrum der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Leuk (VS) stand die Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)». Zudem fassten die Delegierten die Parolen für die Volksabstimmungen vom 22. September 2024: Sie sagen klar NEIN zur Biodiversitäts-Initiative und JA zur BVG-Reform.

Bundesrätin Amherd will die Schweizer Neutralität zerstören

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. August 2024

Die SVP lehnt die Teilnahme der Schweiz am EU-Militärpakt PESCO entschieden ab. Damit gibt der Bundesrat die Neutralität und die Souveränität unseres Landes leichtfertig auf. Mit der Teilnahme am EU-Militärpakt setzt der Bundesrat zudem die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung grobfahrlässig aufs Spiel. Die SVP fordert, dass der Bundesrat dieses Geschäft zwingend dem Parlament vorlegt.

Politisch einseitige Studienkommission Sicherheitspolitik legt einen Gefälligkeitsbericht vor

Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. August 2024

Die von Bundesrätin Amherd eingesetzte Studienkommission Sicherheitspolitik fokussiert in ihrem Bericht einseitig auf eine Annäherung an die NATO sowie an die Sicherheitspolitik der EU. Die SVP lehnt beides entschieden ab, da dies das Ende der Neutralität der Schweiz bedeutet.

Nein zum weltweiten Familiennachzug

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. August 2024

Wohnungsnot, steigende Kriminalität, Milliarden-Kosten bei der Sozialhilfe und im Gesundheitswesen: Die masslose Zuwanderung und das Asyl-Chaos sorgen für massive Probleme. SVP-Fraktion lehnt weltweiten Familiennachzug einstimmig ab.

Die SVP fordert: Kein Bargeld mehr für Asylmigranten

Auszug aus der Medienmitteilung vom 31. August 2024

Die Bundeshausfraktion der SVP traf sich heute im Hinblick auf die Herbstsession in Zermatt (VS).

Wer den Asylmissbrauch stoppen will, muss die Geldströme unterbinden. Jedes Jahr kommen Zehntausende illegale Asylmigranten aus der ganzen Welt in die Schweiz. Mit einem klaren Ziel: Sie wollen von unserem Sozialsystem profitieren – um ihre kriminellen Schlepper zu bezahlen und Geld in ihre Heimatstaaten zu schicken. Asyl-Migranten sollen deshalb nur noch eine Bezahlkarte und kein Bargeld mehr erhalten für ihren persönlichen Lebensunterhalt.

SEPTEMBER

Die unehrliche Schutzstatus-Politik des Bundesrates geht in die Verlängerung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 4. September 2024

Der Bundesrat verlängert den Schutzstatus S für Ukrainer – ohne die Missstände anzugehen. Das heisst auf Jahre hinaus Milliardenkosten für die Schweizer Steuerzahler.

Der Staat ist viel zu teuer: Die SVP fordert Sparmassnahmen ohne Tabus.

Auszug aus der Medienmitteilung vom 5. September 2024

Die SVP begrüsst die Sparvorschläge der Expertengruppe. Aber der Staat hat viel mehr Einsparungspotenzial: Insbesondere beim Asyl, bei der Entwicklungshilfe und bei den Löhnen der Berner Luxusbeamten. Die SVP bietet Hand für eine bürgerliche Spar-Allianz mit der FDP und Mitte.

Keine weltweite Migrationsfreizügigkeit durch die Hintertüre: Die SVP lehnt UNO-Migrationspakt ab

Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. September 2024

Die unkontrollierte und masslose Zuwanderung gehört zu den grössten Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer. Für die SVP-Fraktion ist klar: Die Schweiz muss die Zuwanderung wieder selber steuern und die illegale (Asyl-)Migration stoppen. Umso gefährlicher ist der UNO-Migrationspakt: Dieser will durch die juristische Hintertüre eine weltweite Migrationsfreizügigkeit durchsetzen. Die SVP-Fraktion fordert eine unmissverständliche Ablehnung des UNO-Migrationspakts durch die Schweiz.

Asylmissbrauch: Jans schläft, FDP wacht auf und was ist mit Mitte-Pfister?

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. September 2024

Es braucht im Parlament eine bürgerliche Allianz gegen den Asylmissbrauch. FDP und Mitte stehen in der Verantwortung, dafür auch die entsprechenden SVP-Vorstösse in der Herbstsession zu unterstützen.

Ausserordentliche Asyl-Session: FDP und Mitte müssen jetzt Verantwortung übernehmen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. September 2024

Die Flut von Migranten, die unser Asylsystem ausnutzen, reisst nicht ab. Mehrheitlich kommen junge Männer aus muslimischen Ländern. Kosten und Kriminalität explodieren. In einer ausserordentlichen Session will die SVP-Fraktion die illegale Zuwanderung stoppen. Zum ersten Mal signalisiert die FDP Unterstützung für die dringend notwendige Verschärfung der Asylpolitik.

Nein zur BVG-Reform ist ein Nein zu den verantwortungslosen Ausbauplänen der SP

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. September 2024

Das Schweizer Stimmvolk hat Nein gesagt zur BVG-Reform. Die Mehrheit sieht keinen dringlichen Handlungsbedarf bei der beruflichen Vorsorge. Die Schweizer Stimmbürgerin möchte allerdings auch keine BVG-Experimente: Namentlich einen Leistungsausbau, der nicht finanzierbar ist.

Erfolg für die SVP in der Asylpolitik!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. September 2024

Die SVP hat im Nationalrat zwei wichtige Asylvorstösse durchgebracht: Kein Familiennachzug mehr für Asylanten mit negativem Asylentscheid («vorläufig Aufgenommene»). Und neu soll es einen systematischen Datenaustausch geben, um illegale Migration in der Schweiz zu bekämpfen. Leider blockiert die Mitte-Partei noch immer weitergehende Lösungen im Kampf gegen das Asyl-Chaos: Die SVP forderte vergeblich einen Asylstopp für Migranten, die durch sichere Staaten in die Schweiz kommen und hier unser Asylrecht missbrauchen.

OKTOBER

SVP-Vorstand sagt einstimmig JA zum Autobahnausbau

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. Oktober 2024

An der Sitzung des Vorstandes der SVP Schweiz in Aarau (AG) zeigte Verkehrsminister Albert Rösti die Wichtigkeit des Ausbaus der Nationalstrassen auf. Dieser ist aufgrund der masslosen Zuwanderung dringend nötig. Trotz der massiven Missstände im Asylbereich, lehnte hingegen Asylvorsteher Beat Jans die Einladung des Vorstandes der grössten Partei ab. Für die Abstimmungen vom 24. November 2024 empfiehlt der Parteivorstand den Delegierten die Ja-Parole zum Ausbau der Nationalstrassen sowie die Ja-Parole zu den beiden Mietrechtsvorlagen. Bei der einheitlichen Pflegefinanzierung (EFAS) empfiehlt der Vorstand Stimmfreigabe.

Bringen wir die Schweiz wieder in Ordnung!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. Oktober 2024

Chaos im Asyl, bei den Finanzen, bei der Zuwanderung aber auch in der Bildung: die Ursache für fast alle Probleme in unserem Land ist die masslose Zuwanderung. Allein letztes Jahr kamen netto über 140'000 Menschen zusätzlich in die Schweiz. Die Schweizerinnen und Schweizer haben genug von dieser schädlichen Zuwanderungs- und Asylpolitik. «Die SVP hat Lösungen – die Grenzschutz-Initiative gegen den Asylmissbrauch und die Nachhaltigkeits-Initiative für eine massvolle Zuwanderung», sagte Parteipräsident Marcel Dettling an der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Aarau (AG). «Wir müssen in der Schweiz wieder die Ordnung herstellen.» Die Delegierten fassten in Aarau die Parolen für die Volksabstimmungen vom 24. November 2024: Sie sagten klar Ja zum Ausbau der Nationalstrassen, zu den beiden Mietrechtsvorlagen und zur einheitlichen Pflegefinanzierung (EFAS).

SP-Bundesrat Jans verbreitet Nebelpetarden – stoppen wir die linke Asylpolitik!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. Oktober 2024

Man reibt sich die Augen: Das Staatssekretariat für Migration (SEM) vermeldet weniger Nordafrikaner in Bundesasylzentren, weniger Asylgesuche im Herbst und die Schliessung von neun temporären Bundesasylzentren. Damit wird suggeriert, man gehe mit Steuergeldern sorgsam um, obwohl der Asylbereich teurer ist als je zuvor. Doch SP-Asylvorsteher Jans sieht die Schweiz auf dem richtigen Weg, während die SP uns vorwirft, ein Asylchaos herbeizureden.

NOVEMBER

Der Bundesrat muss endlich Klarheit gegenüber der EU schaffen: Die Schweizer Volksrechte sind nicht verhandelbar!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 6. November 2024

Die Schweiz hat eine einzigartige Demokratie. In keinem Land der Welt hat die Bevölkerung so viel zu sagen wie bei uns. Wir können nicht nur wählen, sondern auch über politische Fragen bestimmen: zum Beispiel über die AHV-Rente, über die Höhe der Steuern, über sichere Grenzen, über die masslose Zuwanderung.

Asyl: Status S nur noch für wirklich Schutzbedürftige

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. November 2024

Der Bund vernichtet Milliarden an Steuergeldern. Die Bundeshausfraktion der SVP stellt sich entschieden gegen das stetige Ausgabenwachstum und lehnt die Aufweichung der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse klar ab. Die Gewährung des Status S ist auf wirklich Schutzbedürftige Ukrainer zu beschränken. Zudem lehnt die SVP-Fraktion weitere Milliardenhilfen an die Ukraine ab.

Nein zur Autobahn-Entlastung – jetzt ist die Mineralölsteuer zu senken und die masslose Zuwanderung zu stoppen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. November 2024

Die Ablehnung der dringend nötigen Autobahn-Entlastungs-Projekte ist die Quittung für die verantwortungslose Zuwanderungspolitik der anderen Parteien und der Wirtschaftsverbände. Da die Entlastungsprojekte nicht umgesetzt werden, obschon deren Finanzierung durch den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) längst gesichert ist, muss das Geld jetzt den Autofahrern zugutekommen: Die SVP fordert die sofortige Senkung der Mineralölsteuer. Zudem ist die masslose Zuwanderung zu stoppen – dafür braucht es jetzt die zustande gekommene Volksinitiative der SVP «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)».

Der Bundesrat will die Schweiz der EU-Zuwanderung ausliefern

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. November 2024

Wie das Beispiel Kroatien zeigt, sind «Schutz- oder Ventil-Klauseln» der EU reine Augenwischerei. Ab dem 1. Januar 2025 gilt für Kroatien die volle Personenfreizügigkeit. Mit dem geplanten EU-Rahmenabkommen haben wir gar nichts mehr zu sagen im Bereich Zuwanderung.

Schutzklausel – nichts als eine Beruhigungsspiel fürs Volk

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. November 2024

Es reicht: Jedes Jahr wandern über 100'000 Personen in die Schweiz ein. Die allermeisten kommen aus der EU. Die Schweizerinnen und Schweizer haben definitiv die Nase voll. Sie wollen die Zuwanderung begrenzen. Dies wäre mit dem geplanten EU-Rahmenabkommen nicht möglich. Die EU-Turbos kommen wieder mit einem Trickli. Sie wollen der Bevölkerung den Unterwerfungsvertrag mit einer «Schutzklausel» schmackhaft machen. Heute schon gibt es eine «Ventilklausel». Sie greift fast nicht. Die neue «Schutzklausel» ist noch weniger wert.

Weniger Staat – mehr Wohlstand

Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. November 2024

Die Bundesfinanzen laufen aus dem Ruder, der Staat wird immer teurer und gefräsiger, die Berner Luxusverwaltung gedeiht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Das masslose Staatswachstum muss gestoppt werden. Dazu präsentiert die SVP Schweiz ihr neues Finanzpapier und 18 konkrete Vorschläge, wo beim Bund problemlos Milliarden Franken Steuergelder eingespart werden können.

DEZEMBER

Stahl Gerlafingen: Die ideologische Klima- und Energiepolitik von links-grün bricht der Industrie das Genick

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Dezember 2024

Die SVP-Fraktion lehnt die Subventionierung der Stahlindustrie mit Bundesgeldern ab. Die drohende Schliessung des Stahlwerks Gerlafingen ist eine Folge der verantwortungslosen, ideologischen links-grünen Klima- und Energiepolitik. Die SVP-Fraktion stimmt der Standesinitiative des Kantons St. Gallen zu, der die Aufhebung des Status S fordert. Dies aufgrund des massiven Missbrauchs des grosszügigen Status durch Roma und andere Personen, die zuvor nicht dauerhaft in der Ukraine gelebt haben.

Asylstopp und Rückführung von syrischen Asylmigranten

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. Dezember 2024

Der Sturz des Assad-Regimes in Syrien erfordert sofortige Anpassungen der Schweizer Asylpraxis. Sonst droht ein ähnlicher Kontrollverlust wie 2015 und ein zweites Eritrea-Problem: Dass sich Anhänger und Gegner des Assad-Regimes die Köpfe auf Schweizer Strassen einschlagen.

Missbrauch und explodierende Kriminalität – Kurswechsel im Asylbereich ist dringend nötig

Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. Dezember 2024

Die Bundeshausfraktion stimmt einer Reihe von Verschärfungen im Asylbereich zu. Diese sind angesichts des grassierenden Missbrauchs, der massiv steigenden Kosten und der explodierenden Asylkriminalität dringend nötig. Zudem informierte alt Bundesrat Christoph Blocher die SVP-Fraktion über den neusten Stand der Ende Mai 2024 zustande gekommenen Neutralitätsinitiative von Pro Schweiz. Einmal mehr ist die SVP die einzige Partei, die sich für die Neutralität als einen für Frieden und Wohlstand essenziellen Pfeiler unseres Landes einsetzt.

Das gleiche Lügenpaket wie 2021: Die SVP sagt Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 20. Dezember 2024

2021 hat der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU abgebrochen. Warum? Das angestrebte institutionelle Rahmenabkommen war nichts anderes als ein EU-Unterwerfungsvertrag. Und jetzt kommt der Bundesrat mit dem gleichen Vertrag wieder um die Ecke.

Die Schweiz der Krisen-EU ausliefern?

Auszug aus der Medienmitteilung vom 20. Dezember 2024

Die Schweiz der Krisen-EU ausliefern, fremde Richter und dafür noch Milliarden nach Brüssel zahlen? Sicher nicht, Frau Bundespräsidentin Viola Amherd!

2. VORSTÖSSE AUS DER SVP-FRAKTION

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr 445 Fragen für die Fragestunde, 175 Interpellationen, 198 Motionen, 27 Anfragen, 32 Parlamentarische Initiativen und 44 Postulate eingereicht worden.

Die SVP-Fraktion hat im Berichtsjahr 11 Motionen sowie zwei Interpellationen eingereicht.

Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

2.1 Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2024 hat die SVP folgende **Positionspapiere und Argumentarien** veröffentlicht:

- Der Bund hat ein Ausgabenproblem, kein Einnahmenproblem (November 2024)
- Argumentarium zur Eidgenössischen Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)» (August 2024)
- Die Schweizer Asyl- und Migrationspolitik ist gescheitert – und sie schadet unserer Bevölkerung (Juli 2024)
- Argumentarium zu den beiden Krankenkassen-Abstimmungen vom 9. Juni 2024 (April 2024)
- Wieder kämpfen können (Februar 2024)

Die Positionspapiere sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>Positionspapiere) abrufbar.

2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2024 hat die SVP an **86 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Verordnungsänderungen im Bereich des Bundesamts für Energie (BFE) mit Inkrafttreten am 1. Juli 2025
- 17.480 n Pa. Iv. (Weibel) Bäume. Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme
- Änderung des Stockwerkeigentumsrechts (Art. 712a ff. ZGB)
- Vernehmlassungsverfahren zur Vorlage in Umsetzung der parlamentarischen Initiative «Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice» (16.484)
- Vernehmlassungsverfahren zur parlamentarischen Initiative «Modernen Pflanzenschutz in der Schweiz ermöglichen» (22.441)
- Solidarbürgschaften zugunsten des Autoverlads
- Änderung des Luftfahrtgesetzes

- Verordnung über den Betrieb der Reservekraftwerke zur Erzeugung elektrischer Energie für den Markt in einer schweren Strommangellage
- Totalrevision der Verordnung des EFD über die Entschädigung der kantonalen Behörden für ihren Aufwand im Zusammenhang mit der Erhebung der Schwerverkehrsabgabe
- Neues Zulassungsregime Fahrzeuge – Teilrevision von fünf Verordnungen des Strassenverkehrsrechts
- Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) – Abgabenanteile für lokale Radio- und regionale Fernsehveranstalter und Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien
- 18.455 n Pa. Iv. Grossen Jürg. Selbstständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen
- 23.403 n Pa. Iv. SiK-N. Änderung des Kriegsmaterialgesetzes
- Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) für die Jahre 2026–2028
- Änderung des ZGB – Erleichterte Stiefkindadoption
- Änderungen des Elektrizitätsgesetzes (Beschleunigung beim Aus- und Umbau der Stromnetze)
- Ausführungsbestimmungen zum CO2-Gesetz für die Zeit nach 2024
- Verordnung über die Vorbereitung und Umsetzung der Solidaritätsmassnahmen zur Gewährleistung der Gasversorgung
- Änderung des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes (FinfraG)
- Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)
- Änderung der Raumplanungsverordnung (Umsetzung der zweiten Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes [RPG 2] und des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien)
- Revision der Stromversorgungsverordnung (Verzinsung des Kapitals im Stromnetz und in geförderten Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien)
- Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch betreffend Lohndaten (AIALG)
- Teilrevision der Signalisationsverordnung zur Übernahme der wichtigsten Inhalte bestimmter technischer Normen in das Signalisationsrecht des Bundes; Teilrevision der Verkehrszulassungsverordnung betreffend den Kurs über Verkehrskunde

- Änderung der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Erhebung von AHV-Beiträgen – geringfügiges Einkommen und Verzugszinsen)
- Genehmigung des Addendums zur AIA-Vereinbarung Finanzkonten und der AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie Änderung des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen AIA in Steuersachen (AIAG und AIAV)
- Verordnung über die Krisenorganisation der Bundesverwaltung (KOBV)
- Änderung des Kriegsmaterialgesetzes (Mo. 23.3585)
- 2. Etappe zur Umsetzung der Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)»: Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege (BGAP) und Änderung des Bundesgesetzes über die Gesundheitsberufe (GesBG)
- Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Bezugs von elektrischer Energie durch zentrale Abwasserreinigungsanlagen für kommunales Abwasser
- Änderung der Transplantationsverordnung über die Transplantation von menschlichen Organen, Geweben und Zellen
- Vernehmlassung zur Änderung von Verordnungen im Lebensmittelbereich sowie im Bereich der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten
- Änderung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG)
- Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus
- Teilrevision der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel
- Wirksamkeitsbericht 2020–2025 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen
- Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente; Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) und des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen (ELG).
- Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Beherbergungswirtschaft und Entwurf für ein neues Bundesgesetz über das Impulsprogramm zur Modernisierung von Beherbergungsbetrieben in saisonalen Feriengebieten

- Änderung des Stromversorgungsgesetzes (Anforderungen an systemrelevante Unternehmen)
- Abkommen über Solidaritätsmassnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung zwischen der Schweiz, Deutschland und Italien
- Änderung des Zivildienstgesetzes
- Weiterentwicklung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA (Teilrevision des Schwerverkehrsabgabegesetzes SVAG)
- Landwirtschaftliches Verordnungspaket 2024 / Agrarpolitik ab 2022 (AP22+)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (AVEG) zur Umsetzung der Motionen 20.4738 Ettlin und 21.3599 WAK-N
- Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Verbrauchs von elektrischer Energie im Mobilfunk
- Klimaschutz-Verordnung
- Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen
- Anpassung der Signalisationsverordnung und der Strassenverkehrskontrollverordnung zur Umsetzung der Standesinitiative 17.304 («Sichere Strassen jetzt!»)
- Umsetzung des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien auf Verordnungsstufe und weitere Änderungen der betroffenen Verordnungen
- Totalrevision des Verwaltungsstrafrechts
- Verordnung über den Einsatz elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung in Zivilverfahren (VEMZ)
- Änderung des Geoinformationsgesetzes: Einführung eines Leitungskatasters Schweiz (LKCH)
- Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher
- Angleichung der EO-Leistungen
- Verordnungspaket Umwelt Herbst 2024
- OR (Mietrecht): Anfangsmietzins und Ort- und Quartierüblichkeit
- Teilrevision des Landesversorgungsgesetzes
- Teilrevision des AHVG: Anpassung der Hinterlassenenrenten
- Bundesgesetz über Informationssysteme in den Sozialversicherungen (BISS)

- Übernahme und Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/977 über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)
- Finanzierung von Gebäudeschäden bei Erdbeben
- Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG)
- Teilrevision des Epidemiengesetzes
- Revision der Netzzugangsverordnungen und der Fahrplanverordnung
- Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG) i.S. Finanzierung der Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer
- Änderung des Militärgesetzes, der Verordnung über die Verwaltung der Armee und der Armeeorganisation
- Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Versicherung für Inhaftierte Personen)
- Revision der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2): Sonntagsarbeit in städtischen Tourismusquartieren
- Totalrevision der Pflanzenschutzmittelverordnung und Revision der Gebührenverordnung
- Änderung von Verordnungen im Tierschutzbereich
- Änderung der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3) zur Einführung von Einkäufen in die Säule 3a
- Änderung des Postgesetzes vom 17. Dezember 2010 (PG SR 783.0)
- Verhandlungsmandat mit der EU: Stellungnahme der Schweizerischen Volkspartei (SVP)
- Verordnung über die Einschränkung der Grundversorgung im Post- und Zahlungsverkehr in einer schweren Strommangellage
- Ausweitung des Geltungsbereichs der Chauffeurverordnung sowie Umsetzung der Motion 20.4478 Dittli
- Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (FDV)
- Teilrevision der Radio und Fernsehverordnung (RTVV)
- Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29. September 1995 (KLV)

- Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze
- Verordnung über das automatisierte Fahren (AFV) und Verordnung über die Finanzhilfen zur Förderung neuartiger Lösungen für den Verkehr auf öffentlichen Strassen (ÖStFV)
- Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2026 – 2029
- 22.454 n Pa. Iv. WAK-NR. Einführung einer Objektssteuer auf Zweitliegenschaft
- Teilrevision der Mehrwertsteuerverordnung
- Verordnung über Massnahmen zur Senkung des Verbrauchs von elektrischer Energie im Personenverkehr sowie im Güterverkehr auf der Schiene
- Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (Umsetzung Motion 19.3445 Fraktion BD «Angemessene Entschädigung von Ehegattinnen und Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern von Landwirtinnen und Landwirten im Scheidungsfall»)
- 21.463 Pa. Iv. Fässler. Preisempfehlungen auch für Holz aus Schweizer Wäldern Teilrevision des Waldgesetzes

Die einzelnen Vernehmlassungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>[Vernehmlassungen](#)) abrufbar.

2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablätter

2024 hat die SVP Schweiz insgesamt 79 **Pressecommuniqués** veröffentlicht. Es sind 88 Editorials zu einem aktuellen Thema publiziert worden. Die Parteizeitschrift „**Klartext**“ und die französische Version „**Franc-parler**“ sind je 6-mal erschienen. Die Auflage betrug Ende 2024 **50'500 Exemplare in Deutsch** und **7'500 in Französisch**.

Im Jahr 2024 hat die SVP **4 Medienkonferenzen** durchgeführt:

23. Januar 2024	Giesskannenprinzip verursacht Milliardenkosten zulasten der Erwerbstätigen
13. Februar 2024	Die anderen Parteien wollen das Erfolgsmodell der Schweiz preisgeben: Die konkreten Nachteile für die Wirtschaft und Landwirtschaft des geplanten EU-Unterwerfungsvertrags
30. Juli 2024	«200 Tage Bundesrat Beat Jans»: Das Asylchaos hat ein unerträgliches Ausmass für die Schweizer Bevölkerung angenommen
29. November 2024	Weniger Staat – mehr Wohlstand

Details zu den einzelnen Medienkonferenzen und Medienmitteilungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen>[Aktuelles](#)) abrufbar.

2.4 Homepage und Soziale Medien

Bis zum 31.12.2024 wurden 643'318 Besuche (1'457'974 Seitenaufrufe) auf <https://www.svp.ch>, 113'244 Besuche (202'148 Seitenaufrufe) auf <https://www.udc.ch> und 11'168 Besuche (19'129 Seitenaufrufe) auf <https://it.udc.ch> registriert. Das sind durchschnittlich pro Tag 1'763 Besuche auf www.svp.ch, 310 auf www.udc.ch und 31 auf it.udc.ch.

2024 produzierte die SVP 28 Youtube-Beiträge in deutscher Sprache und 12 in französischer Sprache. Die Youtube-Beiträge verzeichnen insgesamt 195'209 Aufrufe (Deutsch) und 5'873 Aufrufe (Französisch). Der YouTube-Kanal hat 7'696 Abonnenten (Deutsch) und 668 Abonnenten (Französisch)

Die SVP betreibt die Facebook-Seiten "SVP Schweiz", "UDC Suisse" und spezifische Kampagnen-Seiten. Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2024 zählte die Seite "SVP Schweiz" 39'147 Unterstützer. Die französischsprachige Facebook-Seite "UDC Suisse" zählte 15'657. An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 100'000 und 400'000 Personen erreicht und über den gesamten Zeitraum 650'000 Video-Aufrufe generiert.

Die SVP betreibt die Instagram-Seiten "SVPch" und "UDCsuisse". Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2024 zählte die Seite "SVPch" 24'771 Unterstützer. Die französischsprachige Instagram-Seite "UDCsuisse" zählte 4'097. An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 100'000 und 200'000 Personen erreicht.

Die SVP betreibt seit dem Herbst 2021 den TikTok-Kanal "SVPch". Über diesen Kanal kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und verbreitet politische Inhalte. Am 31.12.2024 zählte der Kanal "SVPch" 31'620 Follower. 2024 produzierte die SVP 124 TikTok-Beiträge in deutscher Sprache, diese wurden 4'000'827-mal aufgerufen.

3. PARTEIORGANE

3.1 Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus rund 835 Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2024 haben 5 Delegiertenversammlungen stattgefunden:

Delegiertenversammlung, Samstag, 27. Januar 2024, Bürglen (UR)

«Kein Kolonialvertrag mit der EU – die Schweiz muss unabhängig bleiben!»

Delegiertenversammlung, Samstag, 23. März 2024, Langenthal (BE)

«Kein weiterer Ausbau des Sozialstaates auf Kosten des Mittelstandes!»

Sonderparteitag, Samstag, 25. Mai 2024, Basel (BS)

«Asylmissbrauch stoppen! Lancierung der Grenzschutz-Initiative»

Delegiertenversammlung, Samstag, 17. August 2024, Leuk (VS)

«Grenzen schützen heisst Heimat schützen!»

Delegiertenversammlung, Samstag, 12. Oktober 2024, Aarau (AG)

«Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» - die Lösung für fast alle Probleme unseres Landes»

Weitere Details zu den einzelnen Delegiertenversammlungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen>[Delegiertenversammlungen](#)) abrufbar.

3.2 Parteileitungsausschuss

Die Parteileitungsausschuss (PLA) setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2024)

Funktion	Name
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Marcel Dettling (SZ)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Vizepräsident	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Mitglied	Nationalrat Michael Graber (VS)
Mitglied	Nationalrat Franz Grütter (LU)
Mitglied	Nationalrätin Sandra Sollberger (BL)
Mitglied	Nationalrat Manuel Strupler (TG)
Fraktionspräsident (v. A. w.)	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)

3.3 Parteileitung

Die Parteileitung (PL) setzt sich aus 27 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Die PL führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet die PL auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2024)

Von Amtes wegen: Mitglieder der Parteileitung	
Mitglieder des PLA	Wie oben beschrieben
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Guy Parmelin (VD) Bundesrat Albert Rösti (BE)
Der Generalsekretär	Henrique Schneider (AI)
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Domenik Ledergerber (ZH)
	Nationalrat Manfred Bühler (BE)
	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
	Nationalrat Walter Gartmann (SG)
	Martin Wicki (LU)
	Nationalrat Sylvain Freymond (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	Nils Fiechter (BE)
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz (BE)

Wahl durch den Parteivorstand:

Je ein Vertreter der französischsprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU) Nationalrat Piero Marchesi (TI) Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat Michael Götte (SG)
Die Verantwortliche Europapolitik	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Der Verantwortliche Migrations- und	Nationalrat Pascal Schmid (TG)

Asylpolitik

Der Verantwortliche Wirtschaftspolitik	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
--	--------------------------------

Der Verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik	Nationalrat Lars Guggisberg (BE)
---	----------------------------------

Der Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik	Nationalrat Benjamin Fischer (ZH)
--	-----------------------------------

3.4 Parteivorstand

Der Parteivorstand (PV) setzt sich aus 125 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2024)

Von Amtes wegen: Mitglieder des Parteivorstandes

Die Mitglieder der Parteileitung (Wie oben beschrieben)

Präsidenten der Kantonalparteien:

AG	Nationalrat Andreas Glarner
AI	Martin Ebnetter
AR	Anick Volger
BE	Nationalrat Manfred Bühler
BL	Peter Riebli
BS	Pascal Messerli
FR	Timon Gavallet
GE	Lionel Dugerdil
GL	Adrian Hager
GR	Nationalrat Roman Hug
JU	Alain Koller
LU	Martin Wicki
NE	Niels Rosselet-Christ
NW	Roland Blättler
OW	Marcel Schelbert
SG	Nationalrat Walter Gartmann
SH	Andrea Müller
SO	Nationalrat Rémy Wyssmann
SZ	Nationalrat Roman Bürgi
TG	Ruedi Zbinden
TI	Nationalrat Piero Marchesi
UR	Claudia Brunner
VD	Nationalrat Sylvain Freymond
VS (UVS)	Donald Moos

VS (OVS)	Romano Amacker
ZG	Thomas Werner
ZH	Domenik Ledergerber
JSVP	Nils Fiechter
SVP International	Inge Schütz

Weitere, von den Kantonalparteien delegierte Mitglieder:

AG	Nationalrat Thomas Burgherr Barbara Borer-Mathys Mario Gratwohl Michelle Kummli
AI	Alfred Langenegger
AR	Severina Gross
BE	Jolanda Brunner Andrea Gschwend-Pieren Miriam Gurtner Helen Morgenthaler Aliko M. Panayides Janosch Weyermann
BL	Nationalrat Thomas de Courten Caroline Mall
BS	Pascal Messerli
FR	Bernard Bapst Liliane Marchon
GE	David-Peter Lê Claude Reymond
GL	Barbara Rhyner
GR	Mario Cortesi Petra Casty
JU	Kilian Kaufmann
LU	Stefan Dahinden Marco Frauenknecht Willi Knecht
NE	Daniel Berger
NW	Peter Wyss
OW	Severin Wallimann
SG	Nationalrat Roland Rino Büchel Donat Kuratli Paul Scheiwiller
SH	Mariano Fioretti
SO	Nationalrat Christian Imark Christine Rütli
SZ	Samuel Lütolf Ständerat Pirmin Schwander
TG	Judith Ricklin Beat Stump

	Yvonne Melone
TI	Lara Filippini Roberta Soldati
UR	Paul Dubacher
VD	François-Nicolas de Glutz Emmylou Ziehli
VS (UVS)	Nationalrat Jean-Luc Addor Jérôme Desmeules
VS (OVS)	Marco Schnydrig Fredy Ursprung
ZG	Philip C. Brunner Karl Nussbaumer
ZH	Anita Borer Marco Calzimiglia Nationalrat Martin Haab Roger Liebi Nationalrat Mauro Tuena Tobias Weidmann Ueli Bamert
JSVP	Diego Baratti (TI) Mattia Mettler (SZ)
SVP International	John McGough

Vertreter **durch Wahl** gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2:
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

Frei gewählte Mitglieder:	
AG	Regierungsrätin Martina Bircher Regierungsrat Jean-Pierre Gallati
BE	alt Nationalrat Thomas Fuchs Ständerat Werner Salzmann
NW	Regierungsrätin Michèle Blöchliger
SG	Ständerätin Esther Friedli
TI	Eros Mellini Ständerat Marco Chiesa
VD	Gérald Nicod
ZH	alt Bundesrat Christoph Blocher alt Nationalrat Hans Egloff alt Nationalrat Christoph Mörgeli Nationalrat Gregor Rutz Nationalrat Martin Hübscher alt Nationalrat Ulrich Schlüer

3.5 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2024)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Henrique Schneider, Appenzell (AI)
stv. Generalsekretär	Peter Keller, Hergiswil (NW)
Fraktionssekretär	Andreas Meyer, Bern (BE)
Leiterin Kommunikation	Andrea Sommer, Solothurn (SO)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter / stv. Fraktionssekretär	Marcel Schelbert, Alpnach (OW)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Henri Bernhard, Münsingen (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Pascal Senn, Bern (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Yohan Ziehli, Palézieux-Village (VD)
Projektleiterin Kantonalparteien	Crista Baumann, Zollikofen (BE)
Kommunikationsmitarbeiter	Adrian Spahr, Lengnau (BE)
Fraktionsassistentin	Christa Bolliger, Bolligen (BE)
Sachbearbeiter	Yannik Beugger, Wichtrach (BE)
Sachbearbeiter	Joel Zimmermann, Ersigen (BE)
Übersetzer	Timon Gavallet, Broc (FR)
Übersetzer	Kevin Grangier, Noville (VD)
Übersetzer	Niels Rosselet-Christ, Saint-Sulpice (NE)

3.6 Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbstständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat:

- **Guy Parmelin**, Vorsteher WBF, Bursins (VD); gewählt am 9.12.2015, im Amt seit 1.1.2016
- **Albert Rösti**, Vorsteher UVEK, Uetendorf (BE); gewählt am 07.12.2022, im Amt seit 1.1.2023

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei:

Mit 67 Nationalräten (62 SVP, 1 Lega, 2 EDU, 2 MCG) und 7 Ständeräten (6 SVP, 1 MCG) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2024)

AG	Burgherr Thomas, Wiliberg Giezendanner Benjamin, Rothrist Glarner Andreas, Oberwil-Lieli Glur Christian, Glashütten
----	--

	Heimgartner Stefanie, Baden Huber Alois, Wildegg Riner Christoph, Zeihen
AR	Zuberbühler David, Herisau
BE	Bühler Manfred, Cortébert Guggisberg Lars, Kirchlindach Hess Erich, Bern Knutti Thomas, Weissenburg Riem Katja, Kiesen Rüegsegger Hans Jörg, Riggisberg Umbricht Pieren Nadja, Kaltacker Wandfluh Ernst, Kandergrund
BL	De Courten Thomas, Rünenberg Sollberger Sandra, Liestal
FR	Kolly Nicolas, Essert Page Pierre-André, Châtonnaye
GE	Amaudruz Céline, Genf Bläsi Thomas, Genf
GL	Schnyder Markus, Netstal
GR	Hug Roman, Says Martullo-Blocher Magdalena, Meilen / Lenzerheide
JU	Stettler Thomas, Soyhières
LU	Grüter Franz, Eich Thalmann-Bieri Vroni, Flühli
NE	Calame Didier, Les Planchettes
OW	Rüegger Monika, Engelberg
SG	Büchel Roland Rino, Oberriet Egger Mike, Berneck Gartmann Walter, Mels Götte Michael, Tübach Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Imark Christian, Fehren Wyssmann Rémy, Kriegstetten
SZ	Bürgi Roman, Goldau Dettling Marcel, Oberiberg
TG	Gutjahr Diana, Amriswil Schmid Pascal, Weinfelden Strupler Manuel, Weinfelden
TI	Marchesi Piero, Tresa Pamini Paolo, Lugano
VD	Buffat Michaël, Vuarrens Freymond Sylvain, Montricher Nicolet Jacques, Lignerolle Pahud Yvan, L'Auberson
VS	Addor Jean-Luc, Savièse Graber Michael, Brig-Glis
ZG	Aeschi Thomas, Baar

ZH	Fehr Düsel Nina, Küsnacht Fischer Benjamin, Volketswil Haab Martin, Mettmenstetten Heer Alfred, Zürich Hübscher Martin, Bertschikon Matter Thomas, Zürich Rutz Gregor, Zürich Steinemann Barbara, Watt-Regensdorf Tuena Mauro, Zürich Walliser Bruno, Volketswil
----	---

Lega dei Ticinesi:

TI	Quadri Lorenzo, Lugano
----	------------------------

EDU:

BE	Gafner Andreas, Oberwil im Simmental
ZH	Vontobel Erich, Wolfhausen

MCG:

GE	Golay Roger, Onex Sormanni Daniel, Genf
----	--

Ständeräte (Stand: 31.12.2024)

BE	Salzmann Werner, Mülchi
SG	Friedli Esther, Ebnet-Kappel
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Schwander Pirmin, Lachen
TG	Stark Jakob, Buhwil
TI	Chiesa Marco, Lugano (Ruvigliana)

MCG:

GE	Poggia Mauro, Genf
----	--------------------

4. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2024

Volksabstimmung vom 3. März	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative vom 28.05.2021 «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)»	NEIN	NEIN	NEIN	JA	58.3	41.7	15	8	Angenommen
Volksinitiative vom 16.07.2021 «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»	JA	JA	NEIN	NEIN	25.2	74.8	0	23	Abgelehnt

Volksabstimmung vom 9. Juni	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative vom 23.01.2020 «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»	NEIN	NEIN	NEIN	JA	44.5	55.5	7.5	15.5	Abgelehnt
Volksinitiative vom 10.03.2020 «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»	NEIN	NEIN	JA	NEIN	37.2	62.8	5	18	Abgelehnt
Volksinitiative vom 16.12.2021 «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»	JA	NEIN	NEIN	NEIN	26.3	73.7	0	23	Abgelehnt
Bundesgesetz vom 29.09.2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)	NEIN	JA	JA	JA	68.7	31.3	---	---	Angenommen

Volksabstimmung vom 22. September	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)»	NEIN	NEIN	NEIN	JA	36.96	63.04	1.5	21.5	Abgelehnt
Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Reform der beruflichen Vorsorge)	JA	JA	JA	NEIN	32.87	67.13	---	---	Abgelehnt

Volksabstimmung vom 24. November	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Bundesbeschluss vom 29.09.2023 über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen	JA	JA	JA	NEIN	47.3	52.7	---	---	Abgelehnt
Änderung vom 29.09.2023 des Obligationenrechts (Mietrecht: Untermiete)	JA	JA	JA	NEIN	48.4	51.6	---	---	Abgelehnt
Änderung vom 29.09.2023 des Obligationenrechts (Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs)	JA	JA	JA	NEIN	46.2	53.8	---	---	Abgelehnt
Änderung vom 22.12.2023 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)	JA	JA	JA	NEIN	53.3	46.7	---	---	Angenommen

5. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 31.12.2024

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2024	33.9%	48	140
AI	Jährlich / 2023	*	*	50
AR	2023	10.1%	7	65
BE	2022	25.8%	44	160
BL	2023	22.9%	21	90
BS	2024	13.3%	12	100
FR	2021	16.4%	18	110
GE	2023	10.7%	12	100
GL	2022	30.3%	18	60
GR	2022	21.1%	25	120
JU	2020	11.0%	7	60
LU	2023	23.2%	27	120
NE	2021	8.1%	8	100
NW	2022	24.3%	15	60
OW	2022	25.6%	13	55
SH	2024	35.4%	21	60
SO	2021	21.0%	21	100
SG	2024	31.5%	42	120
SZ	2024	38.3%	38	100
TG	2024	32.5%	42	130
TI	2023	10.3%	9	90
UR	2024	23.6%	17	64
VD	2022	14.1%	23	150
VS	2021	16.9%	22	130
ZG	2022	21.6%	18	80
ZH	2023	24.9%	46	180

*keine Angaben, da Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

6. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail-Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svpag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	info@svp-ai.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-bl.ch	info@svp-bl.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	praesident@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-ju.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svp-so.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ti.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svpuri.ch	praesident@svpuri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	internet@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch